

Afghanistans Nachbarn und die Drohkulisse der "Null-Option"

Destradi, Sandra

Veröffentlichungsversion / Published Version
Arbeitspapier / working paper

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:
GIGA German Institute of Global and Area Studies

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Destradi, S. (2014). *Afghanistans Nachbarn und die Drohkulisse der "Null-Option"*. (GIGA Focus Global, 2). Hamburg: GIGA German Institute of Global and Area Studies - Leibniz-Institut für Globale und Regionale Studien. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-371412>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY-NC-ND Lizenz (Namensnennung-Nicht-kommerziell-Keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier:
<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY-NC-ND Licence (Attribution-Non Commercial-NoDerivatives). For more information see:
<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0>

Afghanistans Nachbarn und die Drohkulisse der „Null-Option“

Sandra Destradi

Bis Ende 2014 sollen alle Kampftruppen der International Security Assistance Force (ISAF) aus Afghanistan abgezogen werden. Die USA und Afghanistan konnten sich bisher nicht auf ein bilaterales Sicherheitsabkommen einigen, das den Verbleib westlicher Truppen zur Ausbildung und Terrorbekämpfung nach 2014 regelt.

Analyse

Die Drohkulisse der „Null-Option“ und die allgemeine Unsicherheit über die Zukunft Afghanistans prägen das Verhalten der Staaten in der Region. Alle Akteure versuchen auf unterschiedlichen Wegen, ihren Einfluss auszuweiten. Gleichzeitig testen sie verschiedene regionale Dialogformate über die Zukunft Afghanistans aus. Obwohl alle Staaten in der Region ähnliche Befürchtungen zur Sicherheitslage nach dem Abzug der Kampftruppen haben, kam die Bildung funktionierender Formen regionaler Sicherheits-Governance bislang nicht zustande.

- Pakistan würde am meisten unter einer Destabilisierung Afghanistans leiden, bleibt aber Afghanistans schwierigster Nachbar und engagiert sich am wenigsten für eine Stabilisierung des Landes. Teile des pakistanischen Establishments nutzen weiterhin radikale islamistische Gruppen für ihre Zwecke und wollen ihren Einfluss auf Afghanistan ausweiten.
- Indien bleibt ein zögerlicher Partner, der sein Engagement auf den Bereich des Wiederaufbaus beschränkt und keine Führungsrolle bei der Suche nach regionalen Lösungen übernimmt.
- China sorgt sich um seine Investitionen in Afghanistan und baut sein diplomatisches Engagement aus.
- Die neue Dialogbereitschaft Irans bietet Potenziale zur Kooperation.
- Die zentralasiatischen Staaten sind keine homogene Gruppe und haben in Bezug auf Afghanistan unterschiedliche Interessen. Russland versucht seinen Einfluss in der Region auszubauen.

Schlagwörter: Afghanistan, ISAF, regionale Sicherheit, Südasien, Zentralasien

2014: Jahr der Weichenstellungen

Das Jahr 2014 wird für Afghanistan in vielerlei Hinsicht entscheidend sein.¹ Am Ende des Jahres soll der Abzug der International Security Assistance Force (ISAF)-Truppen aus Afghanistan abgeschlossen sein. Die USA und ihre internationalen Partner, darunter auch Deutschland, hatten ursprünglich geplant, Afghanistan weiterhin durch die Stationierung von Ausbildungstruppen und Einheiten zur Terrorbekämpfung zu unterstützen. Es war von etwa 8.000 bis 12.000 Soldaten die Rede, die beim Aufbau der afghanischen Sicherheitskräfte helfen sollten. Allerdings gestaltet sich die Kooperation mit dem afghanischen Präsidenten Hamid Karzai schwierig. Ein bilaterales Sicherheitsabkommen mit den USA wurde zwar ausgehandelt und im November 2013 von einer Loya Jirga (großen Ratsversammlung) abgesegnet, aber Präsident Karzai verschiebt die Unterzeichnung des Abkommens immer wieder. Ohne das bilaterale Abkommen mit den USA kann die NATO jedoch kein Status of Forces Agreement mit der afghanischen Regierung unterzeichnen und damit das im Jahr 2012 auf dem Gipfel von Chicago geäußerte Versprechen einhalten, den afghanischen Sicherheitskräften auch weiterhin Training, Beratung und Unterstützung zu gewähren. Auch das letzte Ultimatum der USA, das am 31. Dezember 2013 endete, ignorierte die afghanische Regierung. Das Abkommen müsse Hausdurchsuchungen durch amerikanische Soldaten verbieten, Unterstützung für Friedensgespräche mit den Taliban garantieren und Hilfe zur Durchführung transparenter Wahlen im Frühjahr 2014 zusichern, so Präsident Karzai. Von den ständig neuen Forderungen und Aufschüben des afghanischen Präsidenten genervt, drohen die USA jetzt mit der sogenannten „Null-Option“: dem kompletten Abzug aller Truppen bis Ende 2014, auch der vorgesehenen Unterstützungs- und Ausbildungseinheiten. Das hätte zur Folge, dass die afghanischen Sicherheitskräfte ab Januar 2015 vollkommen auf sich selbst gestellt wären. Es ist jedoch davon auszugehen, dass doch noch eine

einvernehmliche Lösung gefunden und Präsident Karzai letztendlich das Abkommen mit den USA unterzeichnen wird.

Die Einschätzungen der militärischen Fähigkeiten der afghanischen Truppen divergieren stark. Afghanische Regierungsvertreter äußern sich diesbezüglich recht zuversichtlich: Die Truppen seien inzwischen gut ausgebildet, es mangle lediglich an schweren Waffen.² Die U.S.-Geheimdienste warnten hingegen, dass Afghanistan ohne internationale Unterstützung binnen kurzer Zeit ins Chaos stürzen würde. Die meisten Beobachter gehen von einem mittleren Szenario aus, nach dem die afghanische Armee in der Lage sein wird, eine Rückkehr der Taliban abzuwehren – allerdings nur, wenn der Westen weiterhin massive technische und finanzielle Hilfe bereitstellt. Von einer landesweiten Machübernahme der Taliban oder dem unmittelbaren Ausbruch eines neuen Bürgerkrieges gehen die wenigsten Beobachter aus. Dennoch zeigte eine Reihe von Anschlägen im Dezember 2013 und Januar 2014, dass die Lage nach wie vor wechselhaft ist.

Mindestens genauso wichtig wie die Sicherheitslage wird für die Zukunft Afghanistans der Ablauf der Präsidentschafts- und Provinzratswahlen am 5. April 2014 sein. Wenn die Wahlen fair und frei verlaufen, so die Einschätzung der meisten Beobachter, wird eine große Hürde im Prozess der demokratischen Konsolidierung überwunden sein. Bisher stehen die Anzeichen hierfür gut. Präsident Karzai hat angekündigt, dass er verfassungsgemäß kein weiteres Mal für das Präsidentenamt kandidieren wird. Eine auf Drängen der internationalen Gemeinschaft im Jahr 2013 eingeführte Wahlrechtsreform hat zudem die Grundlage zur Bildung einer unabhängigen Wahlkommission und einer Kommission für Wahlbeschwerden geschaffen. Es ist daher zu hoffen, dass eine massive Wahlmanipulation, wie sie im Jahr 2009 stattfand, im April 2014 vermieden werden kann. Dies ist besonders wichtig, da die internationale Gemeinschaft die weitere finanzielle Unterstützung Afghanistans mit Konditionen – unter anderem die Durchführung fairer und freier Präsidentschafts- (2014) und Parlamentswahlen (2015) – verknüpft hat.

¹ Die Recherche für diesen Beitrag wurde im Rahmen eines von der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) geförderten Projekts zum Aufbau der bilateralen Zusammenarbeit zwischen dem GIGA und dem Institute for Defence Studies and Analyses (IDSA) in Neu-Delhi, Indien, im Oktober-November 2013 durchgeführt. Die vertretenen Auffassungen stellen die der Autorin und nicht unbedingt die des GIGA oder des IDSA dar.

² Interview mit afghanischem Diplomaten, Neu-Delhi, 27. November 2013.

Die Position und Politik der Nachbarstaaten Afghanistans

Die Chancen und Risiken, die sich aus den sicherheitsbezogenen und politischen Entwicklungen des Jahres 2014 ergeben werden, sind vor allem für die Nachbarstaaten Afghanistans von enormer Bedeutung. Eine Destabilisierung des Landes wäre für alle Staaten der erweiterten Region um Afghanistan – Pakistan, Indien, Iran, China, die zentralasiatischen Staaten und Russland – problematisch. Trotz ihrer grundsätzlich gemeinsamen Interessen und Befürchtungen haben es diese Länder bisher nicht geschafft, substanzielle Formen der Kooperation aufzubauen. Im Rahmen des Istanbul-Prozesses, bei dem sich seit 2011 unter dem Motto „Heart of Asia“ die Nachbarstaaten Afghanistans und internationale Beobachter treffen, um über die Lage in Afghanistan zu diskutieren, wurden diverse vertrauensbildende Maßnahmen ins Leben gerufen. Dazu zählt eine Reihe von Arbeitsgruppen zu den Themen Katastrophenmanagement, Terrorismusbekämpfung, Drogenbekämpfung, Handel, regionale Infrastruktur und Bildung. Diese Initiativen stellen zwar einen unbestreitbaren Fortschritt dar, sind allerdings langfristig angelegt. Die dringenden sicherheitspolitischen Fragen können hingegen kaum in einem regionalen Kontext behandelt werden, da nahezu alle Nachbarstaaten Afghanistans in regionale Rivalitäten verwickelt sind, die eine Kooperation erschweren. Im Folgenden wird auf die neueren Entwicklungen in den Positionen regionaler Akteure vor dem Hintergrund des Schlüsseljahres 2014 eingegangen (Destradi et al. 2012).

Das regionale Umfeld Afghanistans



Quelle: GIGA.

Der Problemfall Pakistan

Pakistan ist Afghanistans schwierigster Nachbar – und derjenige, mit dem die sicherheitspolitischen Verflechtungen am engsten sind. Zwischen beiden Staaten bestehen Spannungen, da Afghanistan die im 19. Jahrhundert gezogene Grenze zu Pakistan in Frage stellt. Gleichzeitig ist die Sicherheit Pakistans immer mehr mit jener Afghanistans verwoben. 2,7 Millionen afghanische Flüchtlinge leben in Pakistan, und die 2.600 km lange Grenze gilt als kaum kontrollierbar. Pakistan unterstützte die afghanischen Taliban als Instrument der Einflussnahme auf Afghanistan. Bis heute wird dem pakistanischen Geheimdienst unterstellt, sich islamistischer Terrorgruppen zu bedienen, vor allem um den Erzfeind Indien zu schwächen. Die enge Verquickung zwischen Afghanistan und Pakistan wird umso deutlicher, wenn man bedenkt, dass die Führungsfiguren der afghanischen Taliban in Pakistan Unterschlupf gefunden haben – wodurch Pakistan bei möglichen Verhandlungen mit den Taliban eine große Bedeutung zukommt.

Die Nähe des Geheimdienstes und von Teilen des Militärs zu radikalen islamistischen Gruppierungen bzw. die mangelnde Bereitschaft, diese Gruppen zu bekämpfen, haben massive Auswirkungen auf Pakistans eigene Sicherheit. Das Land leidet unter den Aktivitäten von Gruppen wie den Pakistanischen Taliban (Tehrik-i-Taliban Pakistan, TTP) oder dem Haqqani-Netzwerk, die immer wieder blutige Anschläge in Pakistan bzw. Afghanistan ausüben.³

Obwohl Pakistan von den Folgen einer weiteren Destabilisierung Afghanistans nach dem Abzug westlicher Truppen wohl am schwersten betroffen wäre, tritt es paradoxerweise unkooperativ auf. Dafür sind drei Faktoren verantwortlich:

- in erster Linie die weiterhin starke Rolle des Militärs und der Geheimdienste in außenpolitischen Entscheidungen, an der auch der Wahlsieg von Premierminister Nawaz Sharif im Mai 2013 und die weitere demokratische Konsolidierung bisher wenig geändert haben.
- Ein zweiter Faktor ist die Rivalität zu Indien, die weiterhin die zentrale treibende Kraft in der pakistanischen Außenpolitik darstellt. Die Hardliner im pakistanischen Establishment

³ Zu den zahlreichen terroristischen Gruppen in Afghanistan vgl. Laub (2013) und die Internetseite des *South Asia Terrorism Portal*, online: <www.satp.org/satporgtp/countries/pakistan/terroristoutfits/group_list.htm> (27. Januar 2014).

betrachten Afghanistan nach wie vor als ihre legitime Einflussosphäre und fürchten einen Schulterchluss zwischen Afghanistan und Indien, bei dem Pakistan zwischen feindlichen Mächten gefangen wäre.

- Als dritter Faktor kommt der verbreitete Antiamerikanismus hinzu, der durch die Politik der Drohnenangriffe auf pakistanischem Territorium geschürt wurde und eine produktive Zusammenarbeit Pakistans mit den USA und den westlichen Mächten erschwert.

Auch nach 2014 wird Pakistan somit das Sorgenkind in der Region bleiben: ein nuklear bewaffneter unkooperativer Staat, den die USA weiterhin unterstützen werden, weil er eine Schlüsselrolle in der Stabilisierung Afghanistans spielt und daher seine eigene Destabilisierung verhindert werden muss.

Indien: ein zögerlicher Partner

Indien hat in den vergangenen Jahren sein Engagement beim Wiederaufbau Afghanistans ausgebaut und genießt in der afghanischen Bevölkerung ein sehr hohes Ansehen. Im Gegensatz zu Pakistan gilt Indien in Afghanistan als Akteur, der nicht offensiv die eigenen Interessen auf Kosten der afghanischen Bevölkerung verfolgt. Dennoch hat es Indien nicht geschafft, sein enormes Soft-Power-Potenzial in Afghanistan in wirksamen politischen Einfluss umzuwandeln.

Indien war zwar der erste Staat, mit dem Afghanistan 2011 ein Abkommen zur „strategischen Partnerschaft“ unterzeichnete. In diesem Rahmen trägt Indien zur Ausbildung afghanischer Truppen bei – allerdings nur auf indischem Territorium – und lieferte der afghanischen Armee Logistikausrüstung, unter anderem Fahrzeuge. Darüber hinaus ist Indien jedoch extrem zurückhaltend. Präsident Karzai reiste in den vergangenen Jahren mehrmals nach Neu-Delhi und unterbreitete der indischen Führung seine „Wunschlisten“ für die Lieferung von Waffen zur Ausrüstung der afghanischen Sicherheitskräfte. Er wurde allerdings immer wieder enttäuscht, da Indien nicht bereit ist, seine Unterstützung über die angebotene Ausbildung hinaus auszuweiten (Gupta und Behuria 2013).

Indische Regierungsvertreter argumentieren diesbezüglich gern mit der Ressourcenknappheit und den Bedarfen des eigenen Militärs. In Wahrheit tragen eine ganze Reihe von Faktoren zu Indiens

zögerlichem Verhalten bei. Indien möchte, trotz aller Rivalität, Pakistan nicht provozieren, indem es das Szenario einer engen Sicherheitskooperation zwischen Indien und Afghanistan heraufbeschwört, durch die sich Pakistan in allerhöchstem Maße bedroht fühlen würde. Die Normen der Nichteinmischung und Souveränität spielen in der indischen Außenpolitik seit der Zeit der Blockfreien-Bewegung eine große Rolle, so dass man den Anschein einer Intervention unter allen Umständen vermeiden möchte. In der indischen Debatte herrscht Konsens darüber, dass man auf keinen Fall indische Truppen nach Afghanistan schicken wird („no boots on the ground“). Hinzu kommt die derzeitige Schwäche der indischen Regierung von Premierminister Manmohan Singh, der für jegliche Form proaktiver Politik bis zum Ende der Legislaturperiode die Hände gebunden sind.

Die Beurteilungen der Lage in Afghanistan und der Folgen des Abzugs der ISAF-Truppen fallen in der indischen Debatte unterschiedlich aus. Obwohl die Fähigkeiten der afghanischen Sicherheitskräfte weniger pessimistisch als noch vor wenigen Jahren eingeschätzt werden, sind sich die meisten indischen Beobachter einig, dass eine fortgesetzte internationale Präsenz in Afghanistan eine wichtige stabilisierende Funktion haben wird. Indiens Regierung fürchtet die Umsetzung der „Null-Option“.

Die Szenarien für den Fall einer „Null-Option“ oder einer nur schwachen internationalen Präsenz ab 2015 beinhalten allesamt negative Folgen für Indien. Eine erneute Herrschaft der Taliban im gesamten Land gilt zwar als unwahrscheinlich, wird jedoch als der schlimmste Fall angesehen. Ein alternatives Szenario wäre die Machtübernahme der Taliban und verwandter islamistischer Gruppen in einzelnen Landesteilen, vor allem im Süden und Osten Afghanistans, der der Versuch folgen könnte, ein größeres Paschtunistan zu schaffen, das Pakistan aufspalten würde.⁴ Trotz aller Interessenskonflikte ist der indischen Regierung bewusst, dass nur ein funktionsfähiger pakistanischer Staat mit einer möglichst starken zivilen Regierung das Grassieren islamistischer Terrornetzwerke eindämmen kann. Noch viel paradoxer erscheint jedoch die Tatsache, dass selbst eine dauerhafte Befriedung Afghanistans negative

⁴ Interview mit indischem Experten, Neu-Delhi, 28. November 2013.

Folgen für Indien haben könnte, da die kampferfahrenen Dschihadisten, die die Taliban unterstützen, zum Teil nach Kaschmir weiterziehen würden, um dort gegen den indischen Staat zu kämpfen.

China: wachsendes Engagement und Angst um Investitionen

Die Sorge um die Zukunft Afghanistans nach 2014 und um die möglichen Auswirkungen seiner Destabilisierung auf den fragilen Westen Chinas hat in den vergangenen Jahren zu einem verstärkten chinesischen Engagement geführt. Dies hat sich in der Unterzeichnung eines Abkommens zur strategischen Partnerschaft mit Afghanistan sowie in der Einbindung Afghanistans in die Schanghaier Organisation für Zusammenarbeit (SOZ) durch die Gewährung des Beobachterstatus geäußert. Darüber hinaus blieb Chinas Engagement aber begrenzt. Die chinesische Regierung lehnt eine militärische Einmischung strikt ab. Aber auch im Bereich der Wiederaufbauhilfe für Afghanistan war der Beitrag Chinas vergleichsweise gering. Gleichzeitig investierten chinesische Unternehmen massiv in Afghanistan – was im Westen für einigen Missmut sorgte und zu dem Vorwurf führte, China mache in Afghanistan unter dem mühsam vom Westen bereitgestellten „Sicherheitsschirm“ seine Geschäfte, ohne selbst zur Gewährleistung von Sicherheit beizutragen.

Der Abzug der ISAF-Truppen und die mit einer möglichen „Null-Option“ verbundenen Unsicherheiten hatten allerdings in der jüngeren Vergangenheit Auswirkungen auf die chinesische Politik. Die in Afghanistan tätigen chinesischen Unternehmen sind zögerlicher geworden. So wurde die größte ausländische Investition in Afghanistan, mit der das Staatsunternehmen China Metallurgical Group Corporation (MCC) für 3,5 Mrd. USD die Schürfrechte der Mes Aynak-Kupfermine erworben hatte, faktisch noch nicht getätigt (Hasrat-Nazimi 2013).

Vor dem Hintergrund des Abzugs der westlichen Truppen kann sich China nicht mehr darauf berufen, dass der Westen, insbesondere die USA, selbst die Verantwortung für das Land tragen müssen. Dieses Dilemma hat zu einem verstärkten Engagement Chinas beigetragen. Chinesische Experten debattieren darüber, ob China eine aktivere Rolle im Aufbau eines Systems der Sicherheits-Governance für Afghanistan spie-

len sollte.⁵ Während eines Besuchs von Präsident Karzai in Beijing im September 2013 sagte China weitere finanzielle Hilfe zu und versprach, an der Ausbildung von 300 afghanischen Polizisten mitzuwirken. Zur innenpolitischen Lage Afghanistans erklärte der chinesische Außenminister Wang Yi im November 2013, dass China auf einen reibungslosen Verlauf der Wahlen und auf einen von den Afghanen selbst getragenen Friedensprozess hoffe. Darüber hinaus wünsche sich China eine Rolle für die Vereinten Nationen in der Koordination internationaler Bemühungen.⁶

Gleichzeitig hat China auf der diplomatischen Ebene einige Initiativen gestartet. Dazu gehören trilaterale Gespräche mit Pakistan und Afghanistan sowie bilaterale Gespräche mit Pakistan über Afghanistan. Interessanterweise hat sich China trotz der angespannten bilateralen Beziehungen auch an Indien gewandt und einen bilateralen Dialog über Afghanistan in die Wege geleitet. Im Jahr 2014 wird China außerdem als Gastgeber der vierten Konferenz der Außenminister im Rahmen des Istanbul-Prozesses fungieren.

Die tatsächlichen Auswirkungen dieser Initiativen sind allerdings schwer abzuschätzen, da sie nur ein Bruchstück der zahlreichen, parallel verlaufenden Dialogformate zur Zukunft Afghanistans darstellen. Dass China eine Führungsrolle in regionalen Initiativen übernimmt, ist angesichts seiner bisher zurückhaltenden Politik recht unwahrscheinlich. Das größte Potenzial für eine konstruktive Rolle Chinas liegt in der Einflussnahme auf Pakistan: China ist einer der wenigen internationalen Akteure, der die Mittel hätte, seinen „Allwetter-Freund“ im Sinne einer Stabilisierung Afghanistans stärker einzubinden.

Iran: neue Potenziale der Kooperation

Der Abzug der ISAF-Truppen und Afghanistans Schwierigkeiten in der Einigung auf ein bilaterales Sicherheitsabkommen mit den USA sind prinzipiell gute Neuigkeiten für Iran, weil Iran die Stationierung amerikanischer Truppen in sei-

5 Im März 2013 organisierte das GIGA zu diesem und weiteren Themen einen Workshop mit dem Partnerinstitut China Foreign Affairs University in Beijing, vgl. online: <www.giga-hamburg.de/en/event/international-workshop-regional-order-and-regionalism-in-asia> (27. Januar 2014).

6 Ministry of Foreign Affairs of the People's Republic of China (2013), Wang Yi: *Three Issues Should Be Properly Handled to Address the Afghan Situation*, online: <www.fmprc.gov.cn/eng/zxxx/t1098115.shtml> (15. Januar 2014).

ner unmittelbaren Nachbarschaft seit 2001 mit Argwohn betrachtet. Gleichzeitig fürchtet Iran ebenfalls eine Ausbreitung sunnitischer extremistischer Gruppen in Afghanistan und der Region. Die iranische Regierung hat daher verschiedene Initiativen in den vergangenen Jahren gestartet, beispielsweise die Vergabe von Krediten für den afghanischen Privatsektor, die Bereitstellung von Übertragungsleitungen zur Stromversorgung, den Bau von Straßen und Brücken und die Beteiligung an Infrastrukturprojekten mit Indien, die Afghanistan mit dem iranischen Hafen von Chabahar verbinden (Katzman 2013).

Vor dem Hintergrund des Abzugs der ISAF-Truppen hat die iranische Regierung die Kontakte zu afghanischen Organisationen und Bevölkerungsgruppen weiter ausgebaut, die Iran potenziell wohlgesonnen sind, insbesondere zur schiitischen Hazara-Minderheit sowie zu anderen persisch sprechenden Gruppen (Tadjbakhsh 2013). Die afghanischen Präsidentschaftswahlen im Frühjahr 2014 werden von der iranischen Regierung als Chance dargestellt, eine von der Bevölkerung legitimierte Regierung aufzustellen (Ansari 2013) – wobei dies natürlich eine implizite Kritik am Ablauf der Wahlen von 2009 und an der Unterstützung des Westens für Karzai beinhaltet.

Die Wahl Hassan Rohanis zum iranischen Präsidenten im August 2013, die internationalen Verhandlungen über das iranische Atomprogramm und die Entspannung, die mit diesen Ereignissen einhergeht, haben das Potenzial, sich positiv auf Afghanistan auszuwirken. Sie werden für einzelne Staaten der Region, insbesondere für Indien, die Möglichkeit einer besseren Kooperation mit Iran eröffnen und größeren Spielraum für eine Einbindung Irans in regionale Initiativen zur Sicherheit Afghanistans bieten.

Die zentralasiatischen Staaten und Russland

Die zentralasiatischen Staaten haben ebenfalls ein großes Interesse an den Entwicklungen in Afghanistan, sind aber eine sehr heterogene Gruppe. Die unmittelbar an Afghanistan angrenzenden Staaten Tadschikistan, Turkmenistan und Usbekistan wären von einer Destabilisierung Afghanistans stärker betroffen als die weiter entfernten Staaten Kasachstan und Kirgisistan (FES 2013b). Die meisten Staaten fürchten eine Ausbreitung radikaler islamistischer Netzwerke,

während Turkmenistan, das zu Zeiten der Taliban-Herrschaft funktionierende Beziehungen zu Afghanistan pflegte, weniger zu befürchten hat. Selbst in Bezug auf die Drogenbekämpfung divergieren die Ziele der zentralasiatischen Republiken. Tadschikistan betont die Vorbeugung des Drogenschmuggels, Kasachstan die Bekämpfung, und Kirgisistan würde sich mit einer Reduzierung der Menge an geschmuggeltem Rauschgift zufrieden geben (ebd.). Trotz aller Differenzen stellt Afghanistan für die zentralasiatischen Staaten ein potenziell wichtiges Tor zu Südasien und zum Nahen Osten dar. Einige Länder erhoffen sich von der Öffnung neuer Handelsrouten auch die Bildung eines Gegengewichts zum Einfluss Russlands.

Die russische Regierung selbst hat eine widersprüchliche Haltung zum Abzug der ISAF-Truppen aus Afghanistan. Trotz der Spannungen mit der NATO unterstützt Russland die ISAF-Mission durch die Gewährung von Transitrechten für das Northern Distribution Network, einer wichtigen Versorgungsrouten für die in Afghanistan stationierten Truppen. Der Abzug der Truppen ist aus Sicht Moskaus problematisch, da eine Ausbreitung radikaler islamistischer Gruppen im Zuge einer Destabilisierung Afghanistans befürchtet wird. Im Nordkaukasus verübten radikale Islamisten in den vergangenen Jahren wiederholt Anschläge, und im Mai 2013 vereitelten russische Sicherheitsorgane Berichten zufolge einen Anschlag durch in Afghanistan ausgebildete Terroristen (BBC 2013). Der Drogenanbau in Afghanistan und der Schmuggel nach Russland haben sich jedoch zu einer mindestens genauso großen Sicherheitsbedrohung entwickelt.

Obwohl die russische Regierung gute Gründe hat, den ISAF-Abzug mit Sorge zu verfolgen, birgt diese Entwicklung für Russland auch Chancen. Die russische Regierung ist insbesondere mit der amerikanischen Präsenz in Zentralasien unzufrieden, die mit den Operationen in Afghanistan einhergeht. Präsident Putin hofft nun auf die Möglichkeit, diese Präsenz einzuschränken und Russlands Einfluss in den ehemaligen sowjetischen Republiken weiter auszubauen. Der Druck sowie die finanzielle und militärische Unterstützung aus Moskau spielten beispielsweise eine wichtige Rolle in der Entscheidung Kirgisistans, den U.S.-Stützpunkt in Manas im Juli 2014 zu schließen.

Auch Russland entwickelt bislang kaum konstruktive Aktivitäten, um Afghanistan in den kommenden Jahren zu unterstützen. Putin hat die

CSTO (Organisation des Vertrags über Kollektive Sicherheit) aufgefordert, etwas zu unternehmen, um die mit dem Abzug der internationalen Truppen aus Afghanistan einhergehenden Risiken zu minimieren (Bowen 2013). Darüber hinaus hat Russland eine Reihe von Dialogforen – unter anderem seit 2010 mit Pakistan, Afghanistan und Tadschikistan – ins Leben gerufen, um die Lage in Afghanistan und vor allem das Problem des Drogenschmuggels zu besprechen.

Viele Dialogformate, wenig Substanz

Die meisten Staaten in der Region um Afghanistan sehen dem Ende des Jahres 2014 mit gemischten Gefühlen entgegen. Die militärische Präsenz der USA in der Region hat den wenigsten Regierungen gefallen, aber der Abzug der ISAF-Truppen birgt für alle Akteure unkalkulierbare Risiken. Da jedoch bislang niemand ernsthaft mit einem unmittelbar bevorstehenden Kollaps des afghanischen Staates rechnet, und niemand willens und bereit ist, eine Sicherheitsrolle in Afghanistan zu übernehmen, erleben wir derzeit eine Phase des Wartens, Sondierens sowie des stillen Ausbaus des eigenen Einflusses. So erweitert China sein diplomatisches Engagement; Russland sichert seinen Einfluss in Zentralasien; Iran pflegt seine Kontakte in Westafghanistan, und Indien setzt seine Wiederaufbauprogramme fort. In unterschiedlichsten bi-, tri- und quadrilateralen Dialogformaten wird gleichzeitig über die Zukunft Afghanistans debattiert, ohne dass dies bisher konkrete Auswirkungen im Sinne einer kohärenten regionalen Politik hätte. Aber auch ein neues „great game“ oder eine Neubildung der Fronten aus den Zeiten der sowjetischen Invasion Afghanistans, so wie sie manchmal von Beobachtern heraufbeschworen werden (z.B. Katz 2014), sind bisher nicht ausgebrochen. In Afghanistan debattiert man derweilen über die Begriffe „Nichteinmischung“ und „Neutralität“ als mögliche Wege, mit den Versuchen der Einflussnahme externer Akteure umzugehen (FES 2013a). Die Interessenskonflikte und Rivalitäten der regionalen Staaten sind allerdings viel zu stark, um eine solche Politik in der näheren Zukunft umzusetzen.

Literatur

- Ansari, Gholamreza (2013), *Iranian Nuclear Issue and Future of Iran's Relations with the West*, Interview, 29.10.2013, online: <www.idsa.in/video/IranianNuclearIssue_GholamrezaAnsari> (16. Januar 2014).
- BBC (2013), *“Terrorist Attack” in Moscow Prevented*, online: <www.bbc.co.uk/news/world-europe-22599322> (16. Januar 2014).
- Bowen, Andrew S. (2013), *Why Russia is Worried About the “Zero Option” in Afghanistan*, in: *The Diplomat*, online: <<http://thediplomat.com/2013/08/why-russia-is-worried-about-the-zero-option-in-afghanistan/>> (16. Januar 2014).
- Destradi, Sandra, Nadine Godehardt und Alexander Frank (2012), *Der ISAF-Rückzug aus Afghanistan: Wahrnehmung und Reaktion regionaler Mächte*, GIGA Focus Global, 7, online: <www.giga-hamburg.de/de/system/files/publications/gf_global_1207.pdf> (28. Januar 2014).
- FES (2013a), *Envisioning Afghanistan Post 2014*, Policy Paper by the Afghanistan Policy Group, New Delhi, FES.
- FES (2013b), *Envisioning Afghanistan Post 2014*, Policy Paper by the Central Asia Policy Group, Neu-Delhi: FES.
- Gupta, Arvind, und Ashok K. Behuria (2013), *President Karzai's Visit to India: Leveraging Strategic Partnership*, IDSA Comment, 23. Mai, Neu-Delhi: IDSA.
- Hasrat-Nazimi, Waslat (2013), *Bergbaudeal mit China vor dem Aus*, *Deutsche Welle*, online: <www.dw.de/bergbaudeal-mit-china-vor-dem-aus/a-16989458> (16. Januar 2014).
- Katz, Mark N. (2014), *Putin's Predicament: Russia and Afghanistan after 2014*, in: *Asia Policy*, 17, 13-17.
- Katzman, Kenneth (2013), *Afghanistan: Post-Taliban Governance, Security, and U.S. Policy*, CRS Report for Congress, 23.10.2013, online: <www.fas.org/sgp/crs/row/RL30588.pdf> (16. Januar 2014).
- Laub, Zachary (2013), *Pakistan's New Generation of Terrorists*, Council on Foreign Relations, 18. November, online: <www.cfr.org/pakistan/pakistans-new-generation-terrorists/p15422> (27. Januar 2014).
- Tadjbakhsh, Shahrbanou (2013), *The Persian Gulf and Afghanistan: Iran and Saudi Arabia's Rivalry Projected*, PRIO Paper, Oslo: PRIO.

■ Die Autorin

Dr. Sandra Destradi ist Politikwissenschaftlerin und Mitarbeiterin am GIGA Institut für Asien-Studien. Zu ihren aktuellen Forschungsthemen zählen die Rolle aufstrebender Mächte in der internationalen Politik, die Dynamiken regionaler Sicherheits-Governance und die Rolle externer Akteure in innerstaatlichen Gewaltkonflikten.

E-Mail: <sandra.destradi@giga-hamburg.de>, Webseite: <www.giga-hamburg.de/team/destradi>

■ GIGA-Forschung zum Thema

Der GIGA Forschungsschwerpunkt 4 „Macht, Normen und Governance in den internationalen Beziehungen“ beschäftigt sich unter anderem mit den regionalen Dimensionen internationaler Politik. Im Forschungsschwerpunkt 2 „Gewalt und Sicherheit“ werden verschiedene Formen von Gewalt und Sicherheit sowie deren Ursachen in Afrika, Asien, Lateinamerika und Nahost erforscht.

■ GIGA-Publikationen zum Thema

Destradi, Sandra (2012), *Indian Foreign and Security Policy in South Asia: Regional Power Strategies*, London: Routledge.

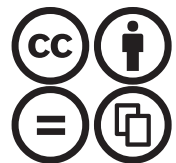
Destradi, Sandra, Nadine Godehardt und Alexander Frank (2012), *Der ISAF-Rückzug aus Afghanistan: Wahrnehmung und Reaktion regionaler Mächte*, GIGA Focus Global, 7, online: www.giga-hamburg.de/giga-focus/global.

Ebert, Hannes, und Ishtiaq Ahmad (2013), *Nach den Wahlen in Pakistan: Nawaz Sharif verspricht einen neuen Indienkurs*, GIGA Focus Asien, 6, online: www.giga-hamburg.de/giga-focus/asien.

Hanif, Melanie (2010), *Der Afghanistan-Konflikt – Bewährungsprobe für die Sicherheitspolitik von Barack Obama*, GIGA Focus Global, 6, online: www.giga-hamburg.de/giga-focus/global.



Der GIGA Focus ist eine Open-Access-Publikation. Sie kann kostenfrei im Netz gelesen und heruntergeladen werden unter <www.giga-hamburg.de/giga-focus> und darf gemäß den Bedingungen der *Creative-Commons-Lizenz Attribution-No Derivative Works 3.0* <<http://creativecommons.org/licenses/by-nd/3.0/de/deed.en>> frei vervielfältigt, verbreitet und öffentlich zugänglich gemacht werden. Dies umfasst insbesondere: korrekte Angabe der Erstveröffentlichung als GIGA Focus, keine Bearbeitung oder Kürzung.



Das GIGA German Institute of Global and Area Studies – Leibniz-Institut für Globale und Regionale Studien in Hamburg gibt Focus-Reihen zu Afrika, Asien, Lateinamerika, Nahost und zu globalen Fragen heraus. Ausgewählte Texte werden in der GIGA Focus International Edition auf Englisch veröffentlicht. Der GIGA Focus Global wird vom GIGA redaktionell gestaltet. Die vertretenen Auffassungen stellen die der Autoren und nicht unbedingt die des Instituts dar. Die Autoren sind für den Inhalt ihrer Beiträge verantwortlich. Irrtümer und Auslassungen bleiben vorbehalten. Das GIGA und die Autoren haften nicht für Richtigkeit und Vollständigkeit oder für Konsequenzen, die sich aus der Nutzung der bereitgestellten Informationen ergeben. Auf die Nennung der weiblichen Form von Personen und Funktionen wird ausschließlich aus Gründen der Lesefreundlichkeit verzichtet.

Redaktion: Robert Kappel; Gesamtverantwortliche der Reihe: Hanspeter Mattes und Stephan Rosiny
Lektorat: Silvia Bücke; Kontakt: <giga-focus@giga-hamburg.de>; GIGA, Neuer Jungfernstieg 21, 20354 Hamburg

